

Mitwirkung –Mitbestimmung - was versteht man darunter? Welche Ziele hat die Mitwirkung?

Das saarländische Schulrecht ist auf mehrere Gesetze verteilt:

Schulordnungsgesetz

Schulpflichtgesetz

Schulmitbestimmungsgesetz

Privatschulgesetz

und einige andere, weniger wichtige Gesetze.

Hinzu kommen, wie überall, die Verordnungen und die vielen, vielen Verwaltungsvorschriften, von denen auf diesen Seiten die folgenden berücksichtigt sind:

Allgemeine Schulordnung

Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter

Allgemeine Dienstordnung für Lehrer

Allgemeine Konferenzordnung

Im Schulmitbestimmungsgesetz versteht man unter Mitwirkung zum einen Mitwirkung in ihrer unmittelbaren Form (individuelle Rechte) und zum anderen Wahrnehmung der kollektiven Rechte in Gremien.

Der Paragraph 35 SchuMG bekräftigt das bereits in § 1 genannte Beteiligungsrecht der Erziehungsberechtigten und gliedert es in verschiedene Beteiligungsarten (unmittelbar—mittelbar, allein—gemeinsam, innerhalb—außerhalb der Einzelschule).

Das individuelle Elternrecht:

Die Verantwortung der Eltern ist verfassungsrechtlich verankert im Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 15. 8. 1994 „Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Die Aufgabe der Eltern umfasst also nicht nur die körperliche Pflege der Kinder und nicht nur Schutz und Hilfe, deren das minderjährige Kind bedarf. Die Eltern haben auch die Pflicht, sich um das seelische und geistige Wohl ihrer Kinder zu kümmern, damit diese sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft entwickeln. Das individuelle Recht der Eltern ist keineswegs auf den inneren, häuslichen Familienkreis beschränkt. Es erstreckt sich auch auf den außerfamiliären Erziehungsbereich des Kindes, nämlich auf den Schulbereich, in dem der Staat die Verantwortung trägt.

Das kollektive Elternrecht

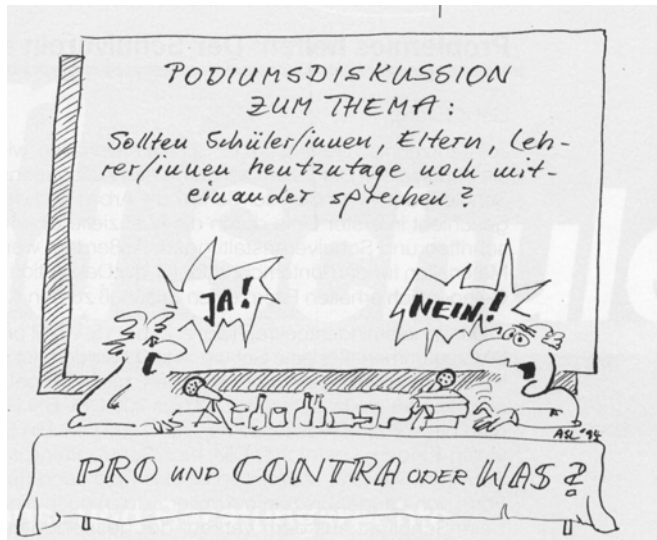
Unter dem kollektiven Elternrecht versteht man die Elternvertretung. In der Schule ist sie durch das Schulmitbestimmungsgesetz geregelt. Die Arten der Beteiligung sind im SchuMG § 35 geregelt.

Rolle der Eltern in der Schule - zur Frage des Erziehungsauftrags

Im Vorwort zu den Saarländischen Schulgesetzen wurde formuliert:

„Die Schulgesetze regeln die Rechtsstellung aller, die an der Gestaltung des Schulwesens beteiligt sind. Wer aktiv am schulischen Leben mitwirkt, sollte diese Bestimmungen kennen. Die Schulgesetze sind nicht nur für die Lehrer/innen verpflichtend, sondern sie sind auch eine wichtige Informationsquelle und Orientierungshilfe für alle, die sich in der Schule engagieren wollen.

Der staatliche Erziehungsauftrag in der Schule, von dem Art. 7 Abs. 1 GG ausgeht, ist in seinem Bereich dem elterlichen Erziehungsrecht nicht nach-, sondern gleichgeordnet. Diese gemeinsame Erziehungsaufgabe von Elternhaus und Schule, welche die Bildung der Persönlichkeit des Kindes zum Ziel hat, lässt sich nicht in einzelne Komponenten zerlegen. Sie ist in einem sinnvoll aufeinander bezogenen Zusammenwirken zu erfüllen.



In dem in der Schule elterliches Erziehungsrecht einerseits und staatlicher Erziehungsauftrag andererseits zusammentreffen, ergibt sich die Notwendigkeit der Konsensfindung, um zu vermeiden, dass Elternhaus und Schule in der Erziehungs- und Bildungsarbeit verschiedene Wege gehen – anders ausgedrückt: damit die Kinder und Jugendlichen nicht Leidtragende der mangelnden Gemeinsamkeit werden müssen.

Gesetzliche Vorgaben sind für Einrichtungen, die in staatlicher Verantwortung liegen notwendig. In der Schule also für Ziele und Organisationsformen. Damit sind für diejenigen, die in der Schule tätig sind Kernpunkte vorgegeben.

Die Formulierung des Bildungs- und Erziehungsauftrags in § 1 Schulordnungsgesetz beschreibt klar:

„(1) Der Auftrag der Schule bestimmt sich daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Erziehung, Unterrichtung und Ausbildung hat, und dass er zur Übernahme von Verantwortung und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden muss.

Und unter (3) „Bei der Erfüllung ihres Auftrages hat die Schule das Elternrecht zu achten“.

(4) „Die für den Unterricht erforderlichen Richtlinien müssen dem Erziehungs- und Unterrichtsauftrag der Schule entsprechen“.

Eltern sind interessiert an der fundierten Vermittlung von Wissen mit konsequenter Verfolgung von Unterrichtszielen sowie einer ganzheitlichen Wahrnehmung ihrer Kinder. Dabei gilt der pädagogischen Ausrichtung eine große Aufmerksamkeit.

Die Gesetzestexte geben also die notwendigen Spielregeln vor. Das Schulmitbestimmungsgesetz regelt s. Abschnitt, die Beteiligung der Erziehungsberechtigten und formuliert die Grundlagen für Elternvertretung.

Struktur und Arten der Beteiligung der Erziehungsberechtigten sind im Schulmitbestimmungsgesetz in Teil IV: Erziehungsberechtigte (§§ 35 bis 43) beschrieben.

Erziehungsberechtigte im Sinn des Gesetzes sind die Eltern oder sonstige Personensorgeberechtigte. Übrigens, die Volljährigkeit eines Schülers/einer Schülerin beendet nicht die Mitgliedschaft eines Elternvertreters/in in einem Gremium.

Das Schulmitbestimmungsgesetz unterscheidet klar zwischen mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung von Erziehungsberechtigten:

Die Eltern sind an der schulischen Arbeit beteiligt (in den Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung, vgl. § 2)

- im Rahmen der Schule, die von ihren Kindern besucht wird (vgl. Absätze 2 und 3),
- über den Bereich dieser Schule hinaus, d. h. auf anderen Ebenen (vgl. Absatz 4).

Zum Begriff des Interesses siehe die Erl. zu § 1. Das Erziehungsinteresse der Eltern erwächst aus ihrem verfassungsmäßigen Recht, die Pflege und Erziehung der Kinder (Art. 7 GG) bzw. deren Bildung und Erziehung (Art. 26 LV) zu bestimmen, wobei ihr Interesse mit dem in der Schule gleichgeordneten Interesse des Staates in praktische Übereinstimmung gebracht werden muss.

"Unmittelbare" Beteiligungsrechte sind solche, die den Eltern als Vertretern individueller Interessen (der eigenen und der ihres Kindes) zustehen. Solche höchstpersönlichen Rechte sind nicht delegierbar (nicht auf andere übertragbar), sondern werden sozusagen "von Gesicht zu Gesicht" geltend gemacht, und zwar

- entweder allein, insbesondere zwischen den Eltern und dem Lehrer eines Kindes (§ 36 Absatz 2 und 3)
- oder im Rahmen einer Elternversammlung, d. h. gemeinsam mit anderen Eltern (§ 36 Absatz 1 und § 37).

Elternbeteiligung erschöpft sich aber nicht in der Vertretung individueller Interessen, sondern richtet sich auch auf die (Mit-) Gestaltung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Absatz 3 nennt dazu drei Handlungsmöglichkeiten:

- unmittelbare Beteiligung in Form des Informations- und Meinungs-austausches in der Elternversammlung (§ 37)
- unmittelbare Beteiligung in Form der Teilnahme an der Wahl von Elternvertretern (§ 39)
- mittelbare Beteiligung in Form der Teilnahme der gewählten Elternvertreter an Beratungen schulischer Gremien und ggfs. Teilhabe an Entscheidungen dieser Gremien (Elternvertretung, Schulkonferenz, Gesamtkonferenz usw.).

Eine Form mittelbarer Elternbeteiligung durch gewählte Elternvertreter sind auch die Wahlen für Gremien außerhalb (oberhalb) der Schule. Absatz 5 nennt hier insbesondere die Wahlen zur Schulregionkonferenz (§ 56) und zur Landesschulkonferenz (§ 58); man wird jedoch auch die Entsendung von Delegierten zur Schulregionselektorenvertretung der Grundschulen (§ 64a), zur Landeselternvertretung (§ 65, von dort aus zur Gesamtlandeselternvertretung, § 66a) einbeziehen dürfen.

1. Wem obliegt es, die Initiative zu ergreifen?

Lt. Schulmitbestimmungsgesetz sind die ElternvertreterInnen zuständig für die Einberufung von Elternversammlungen.

Abschnitt 1: Beteiligung der Erziehungsberechtigten (§§ 35 bis 37)

Durch die Wahl von Elternvertreter/innen auf den verschiedenen Ebenen (Klasse, Schule, Schulregion und Land) können die Eltern auch **mittelbar** ihre Beteiligungsrechte ausüben.

Die unmittelbare Beteiligung der Erziehungsberechtigten lässt sich nach zwei **Kriterien** gliedern: In welchem Rahmen findet die Beteiligung statt? Wem obliegt es, die Initiative zu ergreifen?

	Einzelgespräche	Elternversammlung
Lehrer-Initiative (Bringschuld)		Absatz 1 Satz 1 [Erl. 1 bis 2] Absatz 1 Satz 2 [Erl. 3 bis 4] Absatz 1 Satz 3 [Erl. 5 bis 9]
Eltern-Initiative (Holschuld)	Absatz 2 Satz 1 [Erl. 10 und 11] Absatz 2 Satz 2 [Erl. 12 bis 14] Absatz 3 [Erl. 15]	

Das **Prinzip** ist demnach folgendes:

- In Angelegenheiten, die Leistung und Verhalten des einzelnen Schülers betreffen, müssen die Eltern selbst initiativ werden und sich an die Lehrer wenden, d. h. sie haben eine Holschuld. Eltern und Lehrer erörtern die betreffenden Fragen in Einzelgesprächen.
- In Angelegenheiten, die alle Schüler bzw. die Lerngruppe als Ganzes betreffen, müssen die Lehrer initiativ werden und auf die Eltern zugehen, d. h. sie haben eine Bringschuld. Eltern und Lehrer erörtern die betreffenden Fragen in Elternversammlungen.

[1] Die Lehrer informieren die Eltern in der Elternversammlung über die **Planung und Gestaltung des Unterrichts** (Bringschuld). Dieser Information kommt schon deswegen große Bedeutung zu, weil hierzulande die für den Unterricht maßgeblichen Vorgaben, nämlich die Lehrpläne, als Verwaltungsvorschriften (= Anweisung an die Lehrer) ausgestaltet und den Eltern in der Regel nicht bekannt sind. Die Eltern können deshalb erwarten, daß die einzelnen Fachlehrer ihnen überblicksartig vermitteln, was im Unterricht ansteht; siehe dazu auch die in Satz 3 erwähnten Aspekte (Erl. 6 bis 8). Fachübergreifenden Lernzielen und Verknüpfungen, denen in neueren Lehrplänen ein großes Gewicht beigemessen wird, ist dabei besondere Beachtung zu schenken. Die Lehrer können sich bei ihren Erläuterungen auf die eingeführten Lernmittel, vor allem die Schulbücher, beziehen, die ja auch den Eltern zur Verfügung stehen. Bezüglich des Lernfeldes Sexualerziehung gilt § 15a SchoG.

[2] Die Lehrer informieren die Eltern in der Elternversammlung über die **Bewertungsmaßstäbe** für die Notengebung und für sonstige Beurteilungen (Bringschuld). Die Informationspflicht bezieht sich auf den gesamten Bereich der Leistungsbewertung, insbesondere auf

- das Notensystem bzw. die Notenskala; den sog. "Kopfnote" ist ggfs. besondere Aufmerksamkeit zu schenken,
- die Maßstäbe der Leistungsbewertung allgemein und das Verhältnis der individuellen Leistung zum Leistungsstand der Klasse,
- die Verteilung und das Gewicht schriftlicher und mündlicher Leistungsnachweise im Unterricht, im schriftlichen Bereich ggfs. gesondert nach Klassenarbeiten, Vergleichsarbeiten, informellen Tests usw.,
- den Stellenwert und den durchschnittlichen Umfang der Hausaufgaben,
- die Bildung der Zeugnisnoten.

[3] Die Lehrer beteiligen die Eltern "darüber hinaus" (d. h. über die gemäß Absatz 1 Satz 1 zu gebenden Informationen hinaus) an der **Unterrichtsplanung** (Bringschuld). Das Gesetz sieht die Eltern mithin nicht nur als (aufmerksame) Zuhörer, sondern - im Rahmen der Bestimmungen - als Mitgestaltende und stellt damit hohe Ansprüche an beide Seiten. Als praktische Anknüpfungspunkte einer gemeinsamen Planung kommen - siehe die drei in Satz 3 genannten Aspekte - unter anderem infrage:

- die Nutzung der in den neueren Lehrplänen enthaltenen pädagogisch-didaktischen und zeitlichen Freiräume,

- die gemeinsame Diagnose von Lerndefiziten und die Besprechung von unterrichtlichen Maßnahmen zu deren Behebung,
- die unterrichtliche Aufarbeitung von Lehrer- und Schülerverhalten und besonderer Konfliktfälle,
- die direkte Beteiligung sachkundiger Eltern als (Mit-) Lehrende am Unterricht,
- die Unterstützung des unterrichtlichen Lernens durch außerunterrichtliche Veranstaltungen, insbesondere Schulfahrten, Praxisbesuche usw.

[4] Die Pflicht der Lehrer, die Eltern an der **Unterrichtsplanung** zu beteiligen, bezieht sich "vor allem" auf die Primarstufe, "aber auch" auf die Sekundarstufe I, nicht jedoch auf die Sekundarstufe II. Der Grundgedanke ist, dass eine intensivere Beteiligung der Eltern vor allem in der Phase notwendig ist, in der die Schüler ins schulische Lernen eingeführt (sozusagen: "unterrichtlich sozialisiert") werden und in der ein Zusammenwirken von Elternhaus und Schule deshalb besonders fruchtbar ist. Die Beteiligung der Eltern endet jedoch nicht bei Eintritt in die Sekundarstufe I, sondern wird dort in angemessener Weise fortgesetzt; auch hieraus ergibt sich im Übrigen der hohe Stellenwert der Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schule.

[5] "Dabei" (d. h. bei der Beteiligung der Eltern an der Unterrichtsplanung gemäß Absatz 1 Satz 2) geben die Lehrer den Eltern in der Elternversammlung **Gelegenheit zu Vorschlägen und Aussprachen** bezüglich der Auswahl des Lehrstoffes (Erl. 6), der Bildung von Schwerpunkten (Erl. 7) und der Anwendung bestimmter Unterrichtsformen (Erl. 8). "Gelegenheit geben" bedeutet, dass der Lehrer in der Elternversammlung diese Fragen von sich aus anspricht, sie wenigstens in den Gründzügen erläutert, etwaige Gestaltungsspielräume (im Rahmen der geltenden Bestimmungen) aufzeigt und zur Diskussion stellt und auf die Möglichkeit hinweist, Vorschläge zu machen.

[6] Zur **Auswahl des Lehrstoffes** wurde schon auf die vorhandenen curricularen Freiräume hingewiesen. Der Lehrer soll den Eltern diese Freiräume aufzeigen und seine Planung, soweit erforderlich, offen legen. Die Eltern können dazu Rückfragen stellen, über einzelne Aspekte diskutieren und eigene Vorschläge machen.

[7] Die **Bildung von Schwerpunkten** trägt ebenfalls einem Grundgedanken neuerer Lehrpläne Rechnung: Je nach Bedarfs- und Interessenlage soll es möglich sein, bestimmte Unterrichtsgegenstände vertieft zu behandeln, unter ein gemeinsamer Oberthema zu stellen, fachübergreifend zu bearbeiten usw. Hier besteht in erster Linie auch ein Ansatzpunkt für die praktische Elternmitarbeit im Unterricht.

[8] Typisches Beispiel für die **Anwendung bestimmter Unterrichtsformen** sind alle Formen des Projektunterrichts. Es kann jedoch auch zweckmäßig sein, mit den Eltern die Besonderheiten von Partner- und Teamarbeit im Unterricht zu erörtern; das gilt auch für Team-Teaching seitens der Lehrer. Auch die Unterstützung durch außerunterrichtliche Veranstaltungen (Schulfahrten, Praxisbesuche usw.) könnte hier thematisiert werden.

[9] Gemäß Satz 4 finden die Informationen und Aussprachen zu Satz 1 (Erl. 1 und 2) und Satz 3 (Erl. 5 bis 8) im Rahmen von **Elternversammlungen** statt, was im Umkehrschluss bedeuten würde, dass die in Satz 2 vorgesehene Beteiligung nicht dort, sondern in Einzelgesprächen zwischen Lehrern und Eltern stattfindet. Es macht jedoch keinen rechten Sinn, einerseits individuell die Beteiligungsmöglichkeiten zu erörtern und dann gemeinsam eine Aussprache darüber zu führen; das den Satz 3 einleitende Adverb "dabei" deutet vielmehr darauf hin, dass "Beteiligung" und "Vorschläge und Aussprache" einen einheitlichen Vorgang darstellen, dessen Ort die Elternversammlung ist. Kurz gesagt: Die Formulierung "Satz 1 und 3" sollte wie "Satz 1 bis 3" gelesen werden.

[10] Auf Anfrage der Eltern teilt der Lehrer ihnen den **Leistungsstand** ihres Kindes mit. Dies erfolgt in der Regel mündlich im Einzelgespräch des Lehrers mit den Eltern, kann aber auch schriftlich erfolgen; da es sich um persönliche Daten handelt, scheidet eine Behandlung in der Elternversammlung natürlich aus. Unter Leistungsstand sind sowohl die Teilleistungen in einem

Fach als auch deren gewichtete Zusammenschau (das Leistungs"bild") zu verstehen. Besonderes Gewicht kommt der Erörterung der mündlichen Leistungsnachweise zu, weil deren Zustandekommen naturgemäß den Eltern nicht bekannt sein kann. Inhalt des Gesprächs wird darüber hinaus das Leistungspotential des Kindes sein und eine Verständigung darüber, wie dieses Potential künftig (besser) ausgeschöpft werden kann.

[11] Auf Anfrage der Eltern erläutert der Lehrer ihnen auch **einzelne Beurteilungen**. Gegenstand können sowohl schriftliche wie mündliche Leistungen des Kindes sein, wobei der Lehrer zwar die Bewertungsmaßstäbe als bekannt voraussetzen kann, nicht aber deren Anwendung im Einzelfall. Es kommt nicht selten vor, dass die "Anfrage" der Eltern zugleich als formloser Rechtsbehelf (Gegenvorstellung) vorgetragen wird im Falle, dass eine bestimmte Beurteilung angezweifelt wird. Hierbei sollte der Beurteilungsbegriff nicht zu eng ausgelegt werden; er kann sich nicht nur auf eine Fachnote beziehen, sondern auch auf die Bewertung des Verhaltens des Schülers (im Falle einer Erziehungsmaßnahme; vgl. § 13 ASchO).

[12] Weitergehende Informationsmöglichkeiten werden den Eltern durch die in Absatz 2 Satz 2 vorgesehene **Gelegenheit zu Unterrichtsbesuchen** eröffnet. Dieses Recht ist als Soll-Vorschrift ausgestaltet, was bedeutet: Die Eltern können von diesem Recht Gebrauch machen, wenn nicht zwingende (oder mindestens sehr gewichtige) Gründe entgegenstehen. Der Gesetzgeber hat durch die Aufnahme in den Katalog der unmittelbaren Beteiligungsrechte verdeutlicht, dass er Unterrichtsbesuche als sinnvoll und nützlich für das Zusammenwirken von Eltern und Schule ansieht, und zwar ohne Beschränkung auf bestimmte Fächer oder Altersstufen. Für die praktische Durchführung ist selbstverständlich eine angemessene Vorbereitung vorauszusetzen.

[13] Die Durchführung eines Unterrichtsbesuchs ist an das **Einvernehmen des betreffenden Lehrers** gebunden. Für sich betrachtet, hätten es die Lehrer somit selbst in der Hand, zu bestimmen, ob überhaupt Unterrichtsbesuche von Eltern stattfinden oder nicht; deren Ermöglichung durch den Gesetzgeber käme mithin nicht zum Tragen. Weil letzteres so nicht gewollt sein kann, ist die Vorschrift wie folgt auszulegen: Der Lehrer kann die Durchführung eines Unterrichtsbesuchs zu einem bestimmten Termin verweigern, wenn es dafür nachvollziehbare Gründe gibt (z. B. die im Gesetz genannte "pädagogische Situation der Klasse", die der Lehrer sicherlich am besten beurteilen kann); er kann das nicht grundsätzlich und nicht immer ablehnen oder für sich als Person ablehnen. Vielmehr ist der Lehrer, wenn der Elternwunsch fortbesteht, gehalten, einen ihm geeignet erscheinenden Termin vorzuschlagen.

[14] Das Recht zu Unterrichtsbesuchen verlangt mithin eine **sensible Handhabung**. Die teilnehmende Beobachtung kann vom Lehrer als Prüfungs- und Kontrollsituation missverstanden werden oder als unerwünschte Einflussnahme auf den Unterricht; Schüler können auf die Gegenwart ihrer Eltern in ungewöhnlicher Weise reagieren; anderen Eltern könnten Vorbehalte dagegen haben, dass ihre Kinder von Eltern beobachtet werden. In einer Konfliktsituation zwischen Eltern und Lehrer kann ein solcher Besuch in der Regel nicht durchgeführt werden. Insgesamt dürften jedoch alle diese Probleme in dem Maße geringer werden, je mehr und selbstverständlicher Unterrichtsbesuche von Eltern zum normalen Bestandteil des schulischen Alltags gehören.

[15] Die Auswahl bei **alternativen Unterrichtsangeboten** wird entweder vom Schüler selbst oder von seinen Erziehungsberechtigten wahrgenommen. Die Formulierung des Nebensatzes in Absatz 4 ("soweit ...") ist jedoch nicht so zu verstehen, dass das Auswahlrecht durch eine Entscheidung des minderjährigen Schülers bereits "verbraucht" würde, ohne dass den Eltern eine Einflussmöglichkeit zustände. Vielmehr verbleibt den Eltern das Letztentscheidungsrecht bei derartigen Wahlen (vgl. § 22).

(Auszug aus „Schulrecht“ von Hans-Joachim Schmidt)